

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1949 1948

102 (11.11.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft mbH, Lehr (Baden), Bankkonto: Oberheinische Bank, Filiale Lehr, Postcheckkonto 4600 Freiburg, Redaktion: Lehr, Telefon 2505 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Badstätt, Telefon 2597
Postcheckkonto Karlsruhe 2046, Girokonto Reichspostkasse Rastatt - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Offenburg, Telefon 1159 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Freiburg i. Br., Telefon 2053 - Geschäftsstelle und Bezirksredaktion: Lörrach, Telefon 2431 - Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag, Samstag - Bezugspreis: DM 2,00 einschließlich Tragelohn, DM 2,50 bei Postweg - Gültige Anzeigen- und Preisliste 4 - Telegramm-Adresse: „Neubaden“

NR. 102/2. JAHRG.

A 8

DONNERSTAG, DEN 11. NOVEMBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Hemmnisse auf dem Wege deutscher Staatwerdung

Paris-Londoner Gedankenaustausch über Einwände General Koenigs — Frankreich gegen Einbeziehung Berliner Vertreter in Parlamentarischen Rat — Keine Beibehaltung der süddeutschen Ländergrenzen

Vor neuer Steuerreform? — Anhaltende Streik-Unruhen in Frankreich — Der amerikanische Mobilisationsplan

Paris. Die offiziellen britischen Stellungnahmen zu den Einwänden des französischen Militärgouverneurs in Deutschland, General Koenig gegen „Kompetenz-Überschreitungen“ des Parlamentarischen Rats in Bonn und die Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich über diese Frage wurden von diplomatischen Kreisen in Paris einer kritischen Betrachtung unterzogen.

In amtlichen britischen Kreisen sei man der Ansicht, daß das Londoner Sechsmächte-Abkommen eine Vertretung der Berliner Westsektoren im Parlamentarischen Rat nicht ausschließt. In Paris vertrete man jedoch die Meinung, daß im Londoner Abkommen von vornherein eine derartige Vertretung weder in beratender Eigenschaft noch mit Stimmrecht vorgesehen war. Da also im Londoner Abkommen jede Erwähnung dieser Frage fehlt, hält man es in Paris für selbstverständlich, die Berliner Vertreter nicht hinzuzuziehen, zumal es sich bei dem Parlamentarischen Rat um eine Einrichtung für Westdeutschland allein handele. Man wendet sich ferner in Paris gegen die britische Auffassung von den zukünftigen Steuerbefugnissen der vorgesehenen westdeutschen Regierung und vertritt die Ansicht, daß diese erweiterten Vollmachten der Bundesregierung nicht auf Kosten der Länderregierungen gehen dürften.

Das Londoner Abkommen habe für die Bundesregierung lediglich das Recht vorgesehen, Steuerbeiträge zur Deckung ihrer eigenen Ausgaben zu erheben. Es habe jedoch nicht geheißen, daß die Bundesregierung fast alle Steuern einziehen und sie dann auf die Länder verteilen solle, die dadurch in eine unmittelbare Abhängigkeit von ihr gerieten. Außerdem verstoße dies gegen das Prinzip der Föderation.

In der Frage der Berichtigung der süddeutschen Ländergrenzen scheine man sich in

London von der französischen Auffassung eine ungenaue Vorstellung zu machen, erklärten diese Kreise weiter. Frankreich sei keineswegs für eine Beibehaltung des Status quo der süddeutschen Ländergrenzen von Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und dem amerikanisch besetzten Württemberg-Baden. Frankreich habe im Gegenteil immer die Ansicht vertreten, daß eine Teilung Badens und Württembergs im Gegensatz zu den geographischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Gegebenheiten stehe.

Südbaden — von draußen gesehen

Anmerkungen eines „Emigranten“

Es gibt eine ganze Menge geborener Südbadener, denen es das Schicksal bestimmt hat, im „anderen“ Deutschland zu leben, in Mannheim, in Stuttgart, in München oder gar jenseits des Meeres. Wer wird daran zweifeln: jeder dieser südbadischen „Emigranten“ hegt und hütet die Erinnerung an die Heimat. Aber es muß auch einmal gesagt sein: wir „ausgewanderten“ Südbadener beobachten mit wachsendem Mißbehagen die Zerrungen der Freiburger „Souveränitätspolitik“, und zwar jenseits aller parteipolitischen Strömungen. Es erübrigt sich nachgerade die Stationen der Wohlbesetzten Halsstarrigkeit in der Frage des Südweststaats aufzuzeigen, aber es erscheint angebracht, auf gewisse Wirkungen dieser illiberalen Staatskunst hinzuweisen, die sich draußen schlagender verdeutlichen lassen als zu Hause. Daß die Einigung mit den Schwaben nicht ohne ein gewisses Gebälge abgehen könnte, lag in der Natur der Dinge. Bei einer so intimen Kenntnis der zweiseitigen Eigenheiten war es schon am besten, die Karten vorweg offen auf den Tisch zu legen. Als geborener Südbadener lebte man ja ursprünglich in Nordbaden nicht gerade in der Emigration, und es darf bezeugt werden, daß diese badische Ressentiments in Karlsruhe und Heidelberg nicht minder wach sind und wach waren als in Freiburg und Baden-Baden. Indessen hat die Entwicklung in Nordbaden bewiesen, daß es angesichts der gegebenen politischen Verhältnisse unserer Tage eine klägliche Sache ist, im Schatten des Eisernen Vorhangs Empfindlichkeiten zu hätscheln, die es als politische Aufgabe zu meistern gilt. Außerdem sind wir ja nicht auf den Schnabel gefallen! Man kann nicht behaupten, man sei in Nordbaden vom Stuttgart „überfahren“ worden. Hin und wieder regnet ein Gewitter die Atmosphäre. Probleme? Eigentlich: Bagatellen!

Das Mißbehagen hat andere Ursachen! Man konnte sogar noch verstehen, daß Herr Wohleb keine Lust hatte, die Katze im Sack zu kaufen. Zähigkeit und Vorsicht sind gute Eigenschaften, auch dann, wenn man seiner Umgebung gelegentlich auf die Nerven fällt. Aber als sich der Kurs Wohleb als nackte Halsstarrigkeit erwies, wurde es offensichtlich, daß diese Politik von anderen und recht fragwürdigen Impulsen getragen wird. Partout: er will nicht! Seine Argumentation ist Ausflucht und Schaumschlägerel, das ewige Veto ist der Weck auf dem Laden — die südbadische Wyszynski-Operette!

Das „andere Deutschland“ hat diese Läuterung von der Vorsicht zur Halsstarrigkeit nicht überhört. Man hat zuerst gelächelt, dann hat man sich gewundert, und heute ist man sich darüber im klaren, daß die Separationstendenzen des Wohlleb-Vortrags das badische Ansehen und die badische Tradition nicht verteidigen, sondern verfallischen. In langen Jahrzehnten hatte man in politischen Dingen Achtung vor der badischen Einsicht, die kennzeichnend war für den badischen Abgeordneten im Landtag und im Reichstag. Die hintergründige Dickköpfigkeit ist eine Original-Wohlbeische Variante. „Was ist denn in euch gefahren?“, wird der Südbadener „draußen“ gefragt. Wollt ihr etwa dänisch werden? Daß man auch nur daran denken kann, uns mit der schleswischen Speckdünepartei in einen Topf zu werfen, ist für jeden Südbadener empörend. Nun, Herr Wohleb hat gar keinen Speck zu verlieren, der für alle reicht, aber seine klebrige Taktik hat dahin geführt, daß man sich von ihm distanzieren muß, wenn man als Badener irgendwo am runden Tisch sitzt.

Das ist sogar das Los seiner Parteifreunde. Mancher, der in einem Freiburger Ministerium stramm wohlbeisch daherredet, sieht sich bei einer außerbadischen Reise zu starken Dämpfungen veranlaßt, die der Herr und

Vor Bekanntgabe des Besatzungsstatuts

Meinungsverschiedenheiten auf französische Einwände zurückzuführen

Berlin. Unterrichtete Beamte der amerikanischen Militärregierung rechnen damit, daß die mit der Ausarbeitung des Besatzungsstatuts beauftragten alliierten Ausschüsse ihre Arbeit in etwa zwei bis drei Wochen beenden werden. Der fertiggestellte Entwurf soll dann sofort den Rechtsberatern der drei westlichen Militärgouverneure zur Überarbeitung und zur Abfassung des offiziellen Wortlautes übergeben werden. Nach Genehmigung dieses Textes durch die Regierung der Westmächte wird das Statut

zur Veröffentlichung freigegeben. Einen Termin für die Bekanntgabe des Dokumenten konnten die Omgus-Beamten noch nicht nennen, sie halten es jedoch für möglich, daß der Zeitpunkt der Veröffentlichung Ende dieses bzw. Anfang nächsten Jahres liegen wird.

Alliierte Meinungsverschiedenheiten sind, wie verlautet, hauptsächlich auf französische Einwände zurückzuführen. Nach französischer Auffassung muß das Statut eine weitgehend dezentralisierte Form der künftigen westdeutschen Regierung gewährleisten. Nach Ansicht alliierter Beamter ist der Grund für die kritische Haltung teilweise in der Tatsache zu suchen, daß Frankreich als Nachbarstaat die Entwicklung Deutschlands mit besonderer Wachsamkeit verfolgt und mit besonderer Schärfe gegen alle Momente Stellung nimmt, die eine eventuelle Gefährdung Frankreichs in späterer Zukunft mit sich bringen könnten.

CDU will Bürokratie vergrößern

Christlich-Demokraten für Dreikammer-System

Bonn. In völliger Umkehrung der bisherigen Konstellation schlug die CDU-CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates auf Anregung von Präsident Dr. Konrad Adenauer am Dienstag das Dreikammer-System vor. Neben der Volkskammer soll ein Senat und daneben als Vertretung der Länder ein Bundesrat stehen.

Ein Berlin-Plan Trygve Lies

UN-Generalsekretär beabsichtigt mit eigenem Plan letzten Versuch zur Beilegung des Berliner Streitfalles zu unternehmen

Paris. Der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, beabsichtigt, wie Reuter erfährt, mit einem eigenen Plan zur Lösung des Währungsproblems in Berlin einen letzten Versuch zur Beilegung des Berliner Streitfalles zu unternehmen.

Lie soll bereits vor einiger Zeit einen von den Finanzexperten des Sekretariats der Vereinten Nationen ausgearbeiteten Plan für Berlin bereit gehabt haben. Auf Anraten einiger Delegationen soll dieser Plan jedoch nicht vorgelegt worden sein.

Dieser Plan soll von UN-Sachverständigen fertig ausgearbeitet und dann den Behörden der Westmächte und der USA und der UdSSR in Deutschland übergeben werden.

Falls diese Behörden den Plan billigen, könnte er gleichzeitig mit der Aufhebung der Blockade in Kraft gesetzt werden.

Lie bestritt zwar, daß er „Verhandlungen“ über Berlin führe, sagte jedoch, er verschaffe sich einen Überblick über die Währungsfrage in der Stadt. Er habe bereits mit dem Vorsitzenden der Vollversammlung, Dr. Evatt, darüber beraten und werde auch den derzeitigen Vorsitzenden des Weltarbeitsrates, Dr. Bramuglia, in dieser Frage zu Rate ziehen.

Atlantik-Pakt-Entwurf

noch vor dem Weihnachtstest

Die Aufgaben Kanadas werden noch geprüft

Ottawa. Die Bestimmungen des zwischen den Westunions-Mächten, den USA und Kanada vorgesehenen Atlantik-Paktes werden, wie hier am Dienstag aus gewöhnlich gut informierter Quelle verlautet, möglicherweise noch vor Weihnachten „schwarz auf weiß“ vorliegen. Die Pläne seien bereits soweit vorangetrieben worden, daß die Diplomaten wahrscheinlich noch vor Weihnachten in Washington zusammentreffen werden, um mit dem Entwurf des Abkommens zu beginnen. Die Rolle Kanadas im Rahmen des Paktes wird gegenwärtig noch immer geprüft. Man erwartet nicht, daß Kanada eine größere Anzahl von Truppen zur sofortigen Verwendung in Uberssee stellen wird.

Wirtschaftsrat behandelt Lastenausgleich

Lastenausgleich abhängig von lebensfähiger Wirtschaft

Frankfurt. Der Wirtschaftsrat behandelte in seiner Sitzung am Dienstag den Entwurf zum Sofortprogramm für den Lastenausgleich in erster Lesung. Im Anschluß an die Debatte wurde er dem Lastenausgleichsausschuß überwiesen, der am Mittwoch mit den Beratungen begann. Voraussichtlich am 19. dieses Monats wird er dann erneut vom Plenum behandelt werden.

Als erster Redner bezeichnete der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Dr. Hermann Pünder, den Entwurf zum Sofortprogramm als entscheidend für die künftige Gestaltung unseres deutschen Schicksals. Das Gesetzgebungswerk zum Lastenausgleich sei die Plattform, auf der die Zukunft des deutschen Volkes dauerhaft begründet werden kann. Der Direktor der Verwaltung für Finanzen, Alfred Hartmann, warnte vor übertriebenen Erwartungen an dem Lastenausgleich.

Im Gegensatz zu den Bestimmungen des vorliegenden Entwurfes tritt die CDU-CSU-Fraktion nach den Ausführungen ihres Vorsitzenden Dr. Holzappel dafür ein, daß die vorgesehenen Abgaben nicht von der Einkommensteuer abgesetzt werden dürfen. Eher sei eine Revision der Einkommensteuer bzw. ihre Herabsetzung zu erwägen. Auch der Sprecher der FDP, Dr. Franz Blücher, schloß sich dieser Auffassung an, der sich positiv zum Lastenausgleich aussprach, und betonte, daß damit das deutsche Volk beginne, wieder ein Volk zu werden. Er wies darauf hin, daß ein Teil der Schäden, die im Lastenausgleich wieder ausgeglichen werden müßten, nicht durch den Willen des deutschen Volkes entstanden sei.

Abschließend forderte Blücher eine nochmalige Steuerreform, um die Befolgung der

Steuergesetze durchsetzen zu können. Die Mittel für den Lastenausgleich könnten nur von einer lebensfähigen Wirtschaft aufgebracht werden, die ihre Produktion erhöhen müsse. Aus diesem Grunde sei es erforderlich, den Lastenausgleich nicht nur für soziale Zwecke des Wiederaufbaus der Wirtschaft einzusetzen.

Im Namen der SPD erklärte Walter Seufert, daß die Zustimmung seiner Fraktion zu der Gesetzesvorlage keine Billigung der augenblicklich verfolgten Wirtschaftspolitik bedeute. Auch er sei von der Notwendigkeit einer Steuerreform überzeugt, wobei jedoch weniger an eine Herabsetzung der Einkommensteuer als eine Reformierung des Steuersystems und die Einführung einer Unternehmensbesteuerung zu denken sei.

Morgen Generalstreik in Bizone

Auch öffentliche Betriebe beteiligen sich an der 24stündigen Arbeitsniederlegung

Frankfurt. Der geplante 24stündige Generalstreik in der Bizone wird, wie der Generalsekretär des Zweizonengewerkschaftsrates, Fritz Tarnow, am Dienstag mitteilte, am Freitag zwischen 0 und 24 Uhr durchgeführt. An der Arbeitsniederlegung werden auch die öffentlichen Betriebe, soweit sie nicht mit lebensnotwendigen Aufgaben beschäftigt sind, teilnehmen. Ausgenommen sind Interessengebiete der Militärregierungen, der Notdienst der Polizei und Krankenhäuser. Versammlungen der Gewerkschaften

oder Betriebe werden während des Streiks nicht stattfinden.

Der Bundesvorstand des DGB teilte mit, daß etwaige von Frankfurt angeregte Verhandlungen über die gewerkschaftlichen Forderungen nichts an der Tatsache ändern könnten, daß am Freitag die Arbeit ruhen wird.

In Bremen traten am Dienstag mehr als 100 000 Arbeiter in einen mehrstündigen Proteststreik gegen die Frankfurter Wirtschaftspolitik.

Die Demokratische Partei im Südwestfunk

Samstag, 13. Nov. 19.00 - 19.05 Uhr

spricht Generalsekretär H. Wolf, stellv. Landesvors. der DP, über: „Wähler, entscheide nach Deinem Gewissen!“

Wenn Kommunisten die Macht haben

Ein wandlungsfähiger „Heil Hitler“-Kommunist ist Bürgermeister im Wiesental — Was sagen Säuberungskommissar und KP-Landesleitung dazu?

Hat ab vor den oft verspotteten „blinden“ Hessen! Dort legen die untersten Spitzen demokratischer Selbstverwaltung einen Mut an den Tag, der „anderswo“ den obersten Staatsspitzen abgeht. Hat da doch in Hessen der Bürgermeister von Witzhausen einen früheren Minister, den allmächtigen Landesverordenden der hessischen Kommunistischen Partei, Oskar Müller, der „Vorbereitung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ angeklagt und sogar beim hessischen Staatsgerichtshof Antrag gestellt, die kommunistische Partei Hessens zur verbrecherischen Organisation zu erklären. Der Witzhausener Bürgermeister braucht nicht zu befürchten, desavouiert zu werden, denn ein Gefährter als er, der frühere Generalstaatsanwalt Sir Hartley Shawcross, der im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher eine bedeutende Rolle spielte, hat selbst in einer in seiner englischen Heimat gehaltenen Rede erklärt:

„Schritt für Schritt bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß die Ziele des Kommunismus in Europa finster und tödlich sind. Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinen russischen Kollegen verurteilte ich die Nazi-Agression und den Naziterror. Ich fühle mich beschränkt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele unter einem anderen Namen verfolgt werden und daß dieselbe Technik kommunistische Anwendung findet.“

Warum dieser kleine Bürgermeister so großes Geschütz aufzufr? Da hat doch dieser Oskar Müller auf einer öffentlichen Versammlung in Witzhausen sich nicht scheut, in einer programmatischen Erklärung die gleichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzukündigen, die in der Ostzone im Namen der Kommunistischen Partei, dort schamhaft SED genannt, laufend an Hunderttausenden unschuldiger Deutschen begangen werden.

„Jawohl, im Osten sind KZ's, erklärte Oskar Müller, „und die sind notwendig, um das Volk zu schützen. Sie sind ein unvermeidliches Erfordernis des kommunistischen Regimes, auf das wir nicht verzichten können. Und wenn wir an die Macht kommen, dann werden wir auch hier KZ's einrichten, um das Volk zu schützen und um gesichert zu sein. Wer zu diesem Volk gehört, das bestimmen dann wir!“

Ob die badischen Kommunisten viel zäher sind als ihre hessischen Genossen? Auf jeden Fall läßt man sie von oben her ungeschoren, auch wenn ihrer einem die Unglaubwürdigkeit ministeriell bescheinigt wurde und der Landtag vor einem Vierteljahr einer hohen Landesregierung eine Beschwerde gegen die mißbräuchliche Amtsführung dieses zu Amt und Würden aufgestiegenen roten Genossen zur Kenntnis brachte.

Es ist eines der untrüglichen Zeichen für die „Füchswürdigkeit“ des kapitalistischen

Systems, daß es nicht jeder zum Generaldirektor bringen kann, aber im Produktionsprozeß sind auch die ungelerntesten Arbeiter ein ebenso notwendiges Glied wie er. Für sie und andere hat es schon im „Zwischenreich“ die wohlthätige Einrichtung der

viele nachdenken zu können, haben mich vollends von der Vergangenheit getrennt! In einem schweren inneren Ringen habe ich einen neuen Glauben gewonnen.“ Das Glaubensbekenntnis dieser schönen Seele steht dann folgendermaßen aus:

Markgräfler Tagblatt

Zelle Zeitung
Tageszeitung für das Wiesental, Wehra- und Rheintal sowie die benachbarten Bezirke
Nr. 200 Schopfheim, Donnerstag, den 12. November 1936 73. Jahrgang

„Ich bin ein deutscher Arbeiter“

Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit einen großen Schritt gemacht. Sie hat sich von der Partei der Arbeiter getrennt und ist zu einer unabhängigen Bewegung geworden. Sie hat sich für die Interessen der Arbeiter eingesetzt und hat für die Verbesserung ihrer Lage gearbeitet. Sie hat sich für die Abschaffung der Klassenunterschiede eingesetzt und hat für die Gleichheit aller Menschen gekämpft. Sie hat sich für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft eingesetzt und hat für die Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten gekämpft. Sie hat sich für die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft eingesetzt und hat für die Beseitigung der Herrschaft der Bourgeoisie gekämpft. Sie hat sich für die Errichtung einer gerechten Gesellschaft eingesetzt und hat für die Beseitigung der Ungleichheit aller Menschen gekämpft. Sie hat sich für die Errichtung einer friedlichen Gesellschaft eingesetzt und hat für die Beseitigung der Kriege gekämpft. Sie hat sich für die Errichtung einer glücklichen Gesellschaft eingesetzt und hat für die Beseitigung der Armut gekämpft. Sie hat sich für die Errichtung einer freien Gesellschaft eingesetzt und hat für die Beseitigung der Unterdrückung gekämpft. Sie hat sich für die Errichtung einer gerechten, friedlichen, glücklichen, freien Gesellschaft eingesetzt und hat für die Beseitigung aller Ungerechtigkeiten gekämpft. Sie hat sich für die Errichtung einer gerechten, friedlichen, glücklichen, freien Gesellschaft eingesetzt und hat für die Beseitigung aller Ungerechtigkeiten gekämpft.

Die Schrecknisse des spanischen Bürgerkriegs

Die Schrecknisse des spanischen Bürgerkriegs, die Unruhen in allen Ländern, die Inflation von Frankreich, wo die Volksfront regiert, auf der einen Seite und der stete innere Aufbau des Deutschen Reiches durch Adolf Hitler auf der anderen, diese großartige geistige und kulturelle Wiedergeburt des deutschen Volkes neben dem wirtschaftlichen und nationalen Aufstieg des Reiches, wobei die deutschen Arbeiter nichts verloren, aber unendlich viel gewonnen haben, haben mir das Brett vor dem Kopf weggerissen.“

Wir würden uns der Unterschlagung schuldig machen, wollten wir verschweigen, was dieser kommunistische Bürgermeister von heute und Gesinnungsnahe von gestern über die Arbeiter dachte, die hinter den Kommunisten und Sozialdemokraten stehen. In der Heubergzeit, schrieb er damals, „wo immer 25-30 Personen beisammen waren, lernte ich die Menschen innerhalb der mar-

KP-Funktionäre als Ausweg- und Aufstiegsstelle

gegeben. Emil Fallert, damaliger Gemeinderat in Schopfheim und jetziger kommunistischer Bürgermeister der Gemeinde Fahrnau im industriereichen Wiesental, hatte diesen Weg gefunden. Auch nach der Machtanmaßung der Nationalsozialisten hat er in der Illegalität „funktioniert“; im März 1933 ist er dieserhalb in Schutzhaft gekommen und auf den Heuberg und später nach Kislau gebracht worden. Und da kam über den kommunistischen Saulus die große Wandlung zum nationalsozialistischen Paulus.

In einem Brief des heutigen KP-Bürgermeisters von Fahrnau, den am 11. November 1936 das damalige Hauptorgan der NSDAP Badens, der „Pfeiler“, und einen Tag darauf das „Markgräfler Tagblatt“ veröffentlichte, hieß es u. a.: „Die Ereignisse der letzten Wochen und die Möglichkeit, über

Partei der Widersprüche

Kluft zwischen Programm und Haltung — CDU gibt Parteibuchbesitzern zu

In dieser Woche vor dem entscheidungsvollen 14. November, in der die Parteien alle Mittel der Aufklärung durch Wort, Druck und Rundfunk einsetzen, hörten wir in einer Südwestfunk-Sendung die Rede des Freiburger Oberbürgermeisters Dr. Hoffmann an. In ihr gefiel uns besonders dieses Wort des CDU-Politikers: „Der politische Kampf fordert Ehrlichkeit und Liebe, soll er überzeugend wirken. Nichts wäre gewonnen, wären nur Stimmen gewonnen.“ Auch ein anderes Wort, das von CDU-Seite kam und in einer seiner seltenen leichten Stunden der Politiker der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ niederschrieb, kann ausnahmsweise von jedem billig Denkenden unterschrieben werden. In einer gegen das Organ der Sozialdemokratie, „Das Volk“, gerichteten Polemik um das Problem des Christlichen gestand der Artikelschreiber: „Denn letzten Endes handelt es sich um Dinge, die jeder in seiner eigenen Brust durchkämpfen muß.“ Und an einer anderen Stelle hieß es:

„Gewiß, es gibt keine christliche Wirtschaftsordnung an sich, keine christliche Politik an sich, es gibt eine christliche Haltung.“ Bildet aber nicht schon der Untertitel des CDU-Organs, „Für christliche Politik und Kultur“, einen unüberbrückbaren Gegensatz zu dieser leichten Erkenntnis?

Auf welch tönernen Füßen aber die christliche Haltung dieses „Organs für christliche Politik“ steht, die es nach seinem Eingeständnis gar nicht gibt, zeigt der „Zum Tage“ überschriebene Leitartikel in der letzten Ausgabe der „Südwestdeutschen Volkszeitung“. In einer Auseinandersetzung mit „Das Neue Baden“ schreibt das CDU-Blatt: „Die Polemik ging sogar so weit, daß man die frommen Schwestern in Gengenbach aufschreckt und in dunkle Zusammenhänge mit Kohlenzuteilungen gebracht hat, die man ihnen dank angeblich anonymer „Freiburger Weichenstellung“ in die aufnahmebereiten Arme gefahren hat.“ Mit dieser Feststellung erhärtet das Organ „für christliche Politik“ zum zweiten Male, daß es eine solche Politik nicht gibt, denn — mit Verlaub zu sagen — es läßt, und zwar bewußt. Wir haben ihm von Anfang an nicht soviel christliche Haltung zugezogen, daß es, nachdem es seinen Lesern den Versuch einer Berichtigung des Badischen Ministeriums der Wirtschaft zur Kenntnis gebracht hatte, ihnen auch unsere Antwort darauf mitteilen würde. Aber der Artikelschreiber hat unsere Stellungnahme gelesen und weiß, daß die „Freiburger Weichenstellung“ von uns mit Namen genannt wurde, nämlich die Kohlenzuteilung.

Nun liegt auch der Wahlauftrag des Landesvorstandes der CDU Baden zu den Gemeinde- und Kreiswahlen vor. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß auch die oberste Parteiführung

christlichen Parteien kennen. Was ich früher in manchen nationalsozialistischen Versammlungen, in welchen ich in Diskussion trat, hörte über Lumpenpack und Untermenschentum und von mir bestritten wurde, hier fand ich es, mit Ausnahmen natürlich, konzentriert.“ (!) Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter des Wiesentals — in Fahrnau gehen übrigens die Sozialdemokraten entgegen den Weisungen ihres obersten Führers Schumacher mit den Kommunisten bei den Wahlen Listenverbindung ein (!) — dürften diese wenig schmeichelhafte Feststellung des Genossen Bürgermeister kaum hinter den Spiegel stecken.

Emil Fallers Heuburger Konfession schließt dann folgendermaßen:

„Die Freiheit wird mich wiedersehen als Mitstreiter des neuen Reiches. Wenn es mir erlaubt wird, werde ich auch öffentlich mein Bekenntnis ablegen. Zum ersten Male in meinem Leben: Heil Hitler!“

Der sowjetische Außenminister Molotow, Kronzeuge der badischen Kommunisten, hat vor wenigen Tagen bei der Feier des 31. Jahrestages der blutigen Roten Oktoberrevolution — der deutsche Kommunistenführer Otto Grotewohl spielte Chefstatist der Ehrenliste — gegen die Westmächte scharf vor Leder gezogen und sie beschuldigt, „die ehemaligen Nazis in ihren Besatzungszonen wieder zur Macht zu bringen“, was Sowjetrußland nicht dulden könne. Angesichts solcher Zornesausbrüche hoher Moskauer Herren sollten die badischen Kommunisten in der Herausstellung ihrer Elite doch etwas vorsichtiger sein. Wir meinen, auch das Staatskommissariat für politische Säuberung müßte angesichts des juristisch festgestellten Amtsmissbrauchs des Bürgermeisters von Fahrnau sich für dieses Bekenntnis interessieren, das wir zum Beweise seiner Echtheit im Faksimile wiedergeben.

Es ist Sache der Badischen Landesleitung der Kommunistischen Partei, ob sie sich zu ihrem „Genossen mit dem weggerissenen Brett vor dem Kopf“ oder zu Krenl und Molotow bekennen will.

der Christlichen (demokratischen) Union die proklamierte christliche Haltung durchaus vermissen läßt.

Nachdem der Aufruf aktive Christen gefordert hat, fährt er fort: „Die teils laisierte, teils aktiv und passiv freidenkerisch gesinnte Sozialdemokratie und liberal-freisinnige Demokratische Partei sind keine geeigneten Gemeinschaften für ein solches politisches Wirken der Christen.“ Wir weisen diese unerhörte Unterstellung, soweit sie die Demokratische Partei betrifft, als Verleumdung und bewußte Irreführung der Öffentlichkeit auf das entschiedenste zurück. Nicht nur aus dem Bekenntnis der Demokratischen Partei, sondern auch aus dem Zusammenwirken mit ihr im Landtag und vorübergehend auch in der Regierung weiß die CDU, daß die Demokratische Partei fest zum positiven Christentum steht und sich in diesem Bekenntnis, wenn es auch nicht so geschwätzig wie bei der Partei der absoluten Landtagsmehrheit ist, von niemanden, auch von der CDU nicht, übertroffen läßt.

Es muß schon weit gekommen sein, wenn sich die badische CDU von einer Berliner Tageszeitung sagen lassen muß: „Kirchensteuerzettel oder CDU-Mitgliedskarte beweisen noch nicht, daß man ein Christ ist, und die bloße Berufung auf christliche Grundsätze bedeutet noch nicht, daß man ein christlicher Staatsmann ist.“

Wie es in dieser im CDU-Wahlauftrag proklamierten „christlichen Gesellschafts- und Staatsordnung“ in Wahrheit aussieht, dafür liefert gerade das Organ „für christliche Politik“, die es nicht gibt, einen schlagenden Beweis. In einer Polemik gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Maier, schrieb die „Südwestdeutsche Volkszeitung“ vor wenigen Tagen: „Hat er denn vergessen, daß er mit Hilfe des von ihm so herabgewürdigten Wohleb trotz mancherlei Bedenken sich vom Volksschullehrer zum Postcheneines Ministerialrats in einem ihm berufsfremden Ministerium — dem Innenministerium — heraufgeschwungen hat? Und ist nicht ähnlich der frühere Wirtschafts- und Arbeitsminister Leibbrandt, ebenfalls berufsfremd, zum Ministerialdirektor auf Lebenszeit befördert worden? Wenn das nicht nach Parteibuchbesitzern unter tatkräftiger Mitwirkung und Selbstbeteiligung der CDU riecht!

Gab im letztjährigen Wahlauftrag die CDU die blasphemische Parole aus: „Wir wählen Gott!“ so begnügt sich die „liberal-freisinnige Demokratische Partei“ mit der bescheidenen Bitte:

Gottbewahre uns vor der „Erneuerung des christlichen Abendlandes und seiner Kultur, wie sie nach ihrem Wahlauftrag die Christlich-Demokratische Union in Baden erstrebt.

Nichtwähler, raus aus der Reserve — An die Wahlurne! Wählt Demokratische Partei!

Badische Frauen, Bürger und Jungwähler!

In ernster Stunde

licher, auf das Wohl der waltung der Gemeinden und Gemeindevverbände erwächst der demokratische Aufbau von Volk und Staat.

die die Erinnerung an den 30. Jahrestag der Republik von Weimar heraufbeschwört, wird das südbadische Volk zu Wahlen aufgerufen. Aus sachtgesamten Bevölkerung ausgerichteteter Selbstverwaltungsgemeinschaften erwächst der demokratische Aufbau von Volk und Staat. In den Wahlen zu den Gemeinde- und Kreisparlamenten fällt aber gleichzeitig auch die Entscheidung über Deutschlands Wiedergeburt und Aufstieg aus dem Zusammenbruch zweier Weltkriege. In Bonn kündigt sich die Geburtsstunde der Deutschen Bundesrepublik an, die den Ländern im Westen und im Osten zum schirmenden Dache werden und am Anfang eines in allen seinen Stämmen wiedergeeinten Vaterlandes stehen soll. Das setzt voraus, daß wir in die Gemeindevertretungen und Kreisräte Frauen

und Männer von Weitblick, Tatkraft und untadeliger Gesinnung entsenden, die die Gewähr dafür bieten, daß sie sich auch in größeren Aufgaben bewähren.

Die Schicksalsstunde der Demokratie

verlangt ein verantwortungsbewußtes Geschlecht, das nicht feige und tatenlos zur Seite steht, sondern sich mutig zur Demokratie bekennt, die Deutschlands Schicksal ist. Unsere Zukunft und die unserer Kinder hängt davon ab, ob wir ein politisches Volk werden oder Spießbürger bleiben. Je überwältigender am 14. November Wahlbeteiligung und Bekenntnis des badischen Volkes zur Demokratie sein wird, um so eher wird sich die Besatzungsmacht im Hinblick auf die bekundete politische Reife des badischen Volkes auf ihr Kontrollrecht beschränken.

Wir wählen das Recht und die Freiheit!

Zwischen Diktatur und Terror

lager mehr, die der Landesvorsitzende der hessischen Kommunisten, Arbeitsminister a. D. Oskar Müller, dieser Tage mit den Worten ankündigte: „Die KZ's sind ein unvermeidliches Erfordernis des kommunistischen Regimes, auf das wir nicht verzichten können, um das ‚Volk‘ zu schützen. Wer zu diesem Volk gehört, bestimmen wir.“

oder Recht u. Freiheit gilt es zu wählen. Wir haben nicht 12 Jahre lang ohnmächtig einer braunen Diktatur gelacht, um den roten Faschismus gegen sie einzutauschen. Wir wollen keine Konzentrationslager mehr, die der Landesvorsitzende der hessischen Kommunisten, Arbeitsminister a. D. Oskar Müller, dieser Tage mit den Worten ankündigte: „Die KZ's sind ein unvermeidliches Erfordernis des kommunistischen Regimes, auf das wir nicht verzichten können, um das ‚Volk‘ zu schützen. Wer zu diesem Volk gehört, bestimmen wir.“

Freiheit des Einzelmenschen und der Wirtschaft

wirtschaft, die die Ware auf den Schwarzen Markt mit seinen üblen Kompensationsgeschäften und Schieberpreisen drängt, haben den Rückzug angetreten. Jahrelang entschieden nicht Arbeit und Fleiß, sondern „Beziehungen“ über das Maß an Gütern, das der schaffenden Bevölkerung, Heimke...

sind Voraussetzungen für jede Demokratie. Darum verlangt die Demokratische Partei Freiheit der Berufswahl, Freizügigkeit und echten Leistungswettbewerb für Werktätige und Produzenten. Selbst eingeschworene Anhänger der Kommandowirtschaft, die die Ware auf den Schwarzen Markt mit seinen üblen Kompensationsgeschäften und Schieberpreisen drängt, haben den Rückzug angetreten. Jahrelang entschieden nicht Arbeit und Fleiß, sondern „Beziehungen“ über das Maß an Gütern, das der schaffenden Bevölkerung, Heimke... Vertriebenen und Fliegergeschädigten zugemessen wurde. Ein ungeheurer Verwaltungsapparat, der nur Mangel und Not verwaltet und dem Normal-

verbraucher zugängliche Ware verteuert, muß im Zeichen der Zwangswirtschaft unterhalten werden. Darum: Kampf der Kommandowirtschaft, die den Unternehmer zum risikofreien Staatsrentner macht! Schluß mit einer aufgeblähten Wirtschaftsbürokratie.

Durch Abbau überhöhter Preise

Gerade als Vorkämpfer der freien Wirtschaft verlangen wir Verantwortungsbewußtsein des Unternehmers; Freiheit bedeutet persönliche Verantwortung. Wer den Boden einer sachlich vertretbaren Kalkulation verläßt und durch ungerechtfertigte Verdienstspannen Ware verteuert, sabotiert die freie Wirtschaft.

muß wieder ein gesundes Verhältnis zwischen Kaufkraft u. Preisniveau hergestellt werden. Was wir gegenwärtig auf dem Gebiet der Preispolitik sehen, hat nichts mit der von uns verlangten Wirtschaftspolitik persönlicher Initiative und Verantwortung zu tun; es sind Entartungs- und Krankheitserscheinungen an dem durch bürokratische Bevormundung und behördlichen Zwang verseuchten Wirtschaftskörper, Folgen der währungs- und geldpolitischen Maßnahmen und einer über tatsächliche Bedürfnisse hinausgehenden Kaufkraft.

Das deutsche Volk ist arm geworden!

Nur im Zeichen der freien Wirtschaft

Lastenausgleich. Zwölf Jahre haben wir auf Vorschub gelebt. Heute zahlen wir ihn zurück aus dem Ertrag unserer Arbeit; mit vermindertem Lebensstandard müssen wir und kommende Generationen die Rechnung begleichen. Jahrelang hat, trotz Mangel, Not und dumpfer Verzweiflung, der trügerische Schleier eines völlig zerrütteten Geldwesens unsere Armut verhüllt; Währungsreform und Festkonten-Regelung — Faustschläge für das deutsche Rechts-

die alle Energien löst, können wir vorankommen. Eine ertragreiche Wirtschaft ist aber auch Voraussetzung für Sozialpolitik und gerechten Lastenausgleich. Zwölf Jahre haben wir auf Vorschub gelebt. Heute zahlen wir ihn zurück aus dem Ertrag unserer Arbeit; mit vermindertem Lebensstandard müssen wir und kommende Generationen die Rechnung begleichen. Jahrelang hat, trotz Mangel, Not und dumpfer Verzweiflung, der trügerische Schleier eines völlig zerrütteten Geldwesens unsere Armut verhüllt; Währungsreform und Festkonten-Regelung — Faustschläge für das deutsche Rechts-

unverschuldet in tiefe Not geraten. Sie dürfen nicht zu Almosenempfängern herabgewürdigt werden, sondern haben einen Rechtsanspruch auf Versorgung und Schutz. Vergebens ersuchte die Demokratische Partei im Landtag die Regierung, wegen einer Geldumwandlung im Verhältnis 2:1 zugunsten der Invaliden und Alten über 60 Jahre bei der Militärregierung vorstellig zu werden und bei Sparguthaben bis 3000 Mark die Kopfquote nicht anzurechnen. Ein Staat, der hier versagt, würde sich selbst beschmutzen. Unsere Armut entbindet uns keineswegs von der weiteren Verpflichtung den Millionen von Flüchtlingen, denen deutscher Zusammenbruch und bolschewistischer Terror alles nahmen, und den Bombengeschädigten eine neue Heimat und ankömmliche Existenz zu sichern.

Sparsamkeit und Sauberkeit in der Verwaltung!

Der Not kann nur gesteuert werden

als staatlicher Versorgungseinrichtung sagen wir ebenso den Kampf an wie der in Südbaden beliebten Stellenbesetzung mit Parteibuchbeamten. In einem Augenblick wo der Staat zur Bestreitung der Besatzungskosten dem Landesstock für Arbeitslosenversicherung Millionenbeträge entnehmen muß, glaubt die CDU-Alleinregierung es verantworten zu können, einen aufgeblähten Beamtenapparat nicht nur beizubehalten, sondern — entgegen der von der Demokratischen Partei schon lange geforderten Beförderungs- und Einstellungssperre — in der Freiburger Ministerialbürokratie Beförderungen am laufenden Band vorzunehmen. Darum: Kampf der Parteidiktatur, die ihre Landtagsmehrheit mißbraucht. Kampf der Diktaturpartei, die vorgibt, Alleinvertreterin der christlichen Idee

wenn in Gemeinden, Kreisen und Staat äußerste Sparsamkeit und unbedingte Sauberkeit oberstes Prinzip sind. Einer Verwaltungsbürokratie sagen wir ebenso den Kampf an wie der in Südbaden beliebten Stellenbesetzung mit Parteibuchbeamten. In einem Augenblick wo der Staat zur Bestreitung der Besatzungskosten dem Landesstock für Arbeitslosenversicherung Millionenbeträge entnehmen muß, glaubt die CDU-Alleinregierung es verantworten zu können, einen aufgeblähten Beamtenapparat nicht nur beizubehalten, sondern — entgegen der von der Demokratischen Partei schon lange geforderten Beförderungs- und Einstellungssperre — in der Freiburger Ministerialbürokratie Beförderungen am laufenden Band vorzunehmen. Darum: Kampf der Parteidiktatur, die ihre Landtagsmehrheit mißbraucht. Kampf der Diktaturpartei, die vorgibt, Alleinvertreterin der christlichen Idee

zu sein. Nicht auf Lippenbekenntnis, auf christliche Tat kommt es an. Wir verlangen Ermäßigung der Steuern die den Schaffenden bedrücken, die Preise in die Höhe treiben und Wirtschaftsinitiative drosseln. Hat schon im Gegensatz zu anderen Zonen die CDU-Alleinregierung es unterlassen, die günstigen Anfangserfolge der Währungsreform für das Land nutzbar zu machen, so daß immer noch bewirtschaftete Landeserzeugnisse in die bewirtschaftungs-freie Doppelzone abfließen, so läßt sie heute gleichfalls auf die Senkung der Verbrauchssteuern warten. Für die Doppelzone wurde die Verbrauchssteuersenkung bereits am 19. Oktober beschlossen, Rheinland-Platz hat die neuen Steuersätze mit Wirkung vom 23. Oktober bzw. 1. November in Kraft gesetzt, und das Land Südwürttemberg-Hohenzollern ist dem Beispiel der Steuersenkung gefolgt. Die badische Einpartei-Regierung aber begnügt sich damit, ein Landesgesetz — in Aussicht zu stellen!

Um die große Linie in der Politik

und nicht nur um Fragen der Gemeinden und Kreise geht es am 14. November. Die Demokratische Partei ruft alle wahlberechtigten Männer, Frauen und Jungwähler auf, am Sonntag ihre Pflicht zu tun. In Eurer Hand liegt es, der Demokratie und Freiheit eine Gasse zu bahnen und darüber hinaus den Grundstein zum deutschen Neubau zu legen. Die Zeit für partikularistische Kirchturmpolitik, die immer am Anfang deutschen Niedergangs und Zusammenbruchs stand, ist vorbei. In seiner zweiten Hälfte muß das 20. Jahrhundert im Zeichen der Vereinigten Staaten von Europa stehen. Wer für ein geeintes Westeuropa ist, entscheidet sich damit auch für ein wiedergeeintes Deutschland als gleichberechtigtem Partner. Deutschland ist das Land der Mitte; seine geopolitische und wirtschaftliche Lage fordert ein vorbehaltsloses Bekenntnis zum Frieden unter den Völkern.

und nicht nur um Fragen der Gemeinden und Kreise geht es am 14. November. Die Demokratische Partei ruft alle wahlberechtigten Männer, Frauen und Jungwähler auf, am Sonntag ihre Pflicht zu tun. In Eurer Hand liegt es, der Demokratie und Freiheit eine Gasse zu bahnen und darüber hinaus den Grundstein zum deutschen Neubau zu legen. Die Zeit für partikularistische Kirchturmpolitik, die immer am Anfang deutschen Niedergangs und Zusammenbruchs stand, ist vorbei. In seiner zweiten Hälfte muß das 20. Jahrhundert im Zeichen der Vereinigten Staaten von Europa stehen. Wer für ein geeintes Westeuropa ist, entscheidet sich damit auch für ein wiedergeeintes Deutschland als gleichberechtigtem Partner. Deutschland ist das Land der Mitte; seine geopolitische und wirtschaftliche Lage fordert ein vorbehaltsloses Bekenntnis zum Frieden unter den Völkern.

Besonders an die Jugend die immer Bannerträger freiheitlicher Ideen war, ergeht der Ruf, mit uns sich einzusetzen für innere und soziale Freiheit, die allen Schichten des Volkes gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten zur Entfaltung der Persönlichkeit gibt, und für echtes Menschentum. Darum: Schluß mit Klassenkampfgedanken und Schaffung von Bürgern zweiter Klasse! Es muß ein Ende gesetzt werden der Verfemung weitester Bevölkerungskreise und der im Widerspruch zu bestehenden Gesetzen und gesundem Rechtsempfinden stehenden Bestrafung politischer Gesinnung durch eine zu weit gespannte Säuberungspraxis. Wer sich nicht persönlich bereichert und gegen Straf- und Völkerrecht vergangen hat, muß wieder als vollgültiges Glied der Gemeinschaft anerkannt werden.

Es gibt nur eines:

kratische Partei will in diesem Kampfe um persönliche, geistige und wirtschaftliche Freiheit Führerin sein.

Mut zum Handeln aus nüchternem Denken. Nur mit entschlossenem Handeln und zusammengebißenen Zähnen wenden wir unser Schicksal, erkämpfen wir uns Freiheit und Gleichberechtigung im Innern und nach außen. Wer sich feige um die Wahlpflicht drückt, verrät damit Freiheit und Frieden. Die Demokratische Partei will in diesem Kampfe um persönliche, geistige und wirtschaftliche Freiheit Führerin sein.

Darum wählt:

Demokratische Partei!

Die Partei der Verantwortung!

Die Partei der Zukunft!

Demokratische Partei für Süd- und Mittelbaden, Dr. Paul Waeldin, Landesvorsitzender

Von den Städtischen Bühnen

Heute bringen die Städt. Bühnen eine Neuinszenierung von Bizets „Carmen“...

Am Sonntag veranstalten die Städtischen Bühnen in Verbindung mit dem Studio Freiburg des Südwestfunks einen um 15 Uhr beginnenden Buntabend...

Freiburger Kommunalbericht:

Neue Wohnungen in Aussicht

Zahlreiche Holzhäuser bereits bezogen — Weitere sind im Aufbau

Der Stadtrat und die Vertreter der Presse hatten in der letzten Woche Gelegenheit, die verschiedenen sich im Aufbau befindlichen und teilweise bereits bezogenen Holzhaus...

weise erstellt, bei dem ein Holzstoch neben dem anderen aufgerichtet wird, an denen die Wände dann eingehängt werden...

In der Blücherstraße entstehen ebenfalls 5 Holzhäuser vom Typ „Emilie“, bei denen aber erst im Januar das erste Haus bezogen wird...

Ein weiterer Holzhaustyp „Breisgau“, der als Einfamilienhaus 4 Zimmer, Küche und Bad umfaßt, entsteht in der Franz-Liszt-Straße...

Der Stadtrat nahm noch Gelegenheit, die ehemalige Artilleriekaserne zu besichtigen, bei der in einem Trakt 23 Wohnungen eingerichtet werden...

Bei dem Rundgang zeigte sich insbesondere, daß bereits eine gewisse Zahl von Holzhausern bezogen ist...

Grafenhausen. Kürzlich wurde Karolina Jäger, die Frau des Gemeinderichters a. D. Emil Jäger, zu Grabe getragen...

Die Instrumental-Ritornelle der Kriegerischen Arien müssen in der Besetzung für Violine und Cembalo (statt des originalen fünfstimmigen Streicher-Concertus mit basso continuo) wirkungslos bleiben...

Hans Schreiber hatte sich die schöne und dankenswerte Aufgabe gestellt, den als Lyriker und mehr noch als Novellisten und Romancier bedeutenden deutschen Dichter Hermann Hesse vor allem der studierenden Jugend näherzubringen...

Was bietet Freiburg?

Donnerstag, den 11. November:

Städt. Bühnen, Casino: „Carmen“ in neuer Inszenierung, 19.30 Uhr. — Kammerspiele: „Der seltsame Schuß“, 8 Uhr.

Freitag, den 12. November:

Städt. Bühnen, Casino: „Monsieur“, 20 Uhr. Lichtspiele, Casino: „Schicksal von gestern“...

100 Jahre Woll-Adler

Das bekannte Freiburger Wollwarengeschäft „Woll-Adler“ feiert in diesem Jahr sein hundertjähriges Bestehen...

Aus dem Gerichtssaal

Eine mifflückte Schnapsreise

Freiburg. In einer Septembernacht zogen aus der Weststadt Freiburgs vier Burschen nach der Schützenallee...

Breisgauer Nachrichten

Waldkirch. Zu einem schönen Erlebnis für die katholische Jugend gestaltete sich eine im Rathausaal stattgefundenen Vorlesung des bekannten Dichters Reinhold Schaeffler...

Im weiteren Verlauf des lehrreichen Abends wurde beschlossen, vom 22. bis 25. November einen Schulungskurs abzuhalten.

Denzingen. Dieser Tage konnten Frau Frieda Nübling ihren 84., Frau Elisabeth Dörr ihren 82. und Reichsbahnbeamter Paul Läder seinen 80. Geburtstag feiern...

Gemeinderatssitzung in Merzhausen

Merzhausen. Die Hauptpunkte der Tagesordnung der letzten Gemeinderatssitzung waren Ergänzung des Wahlausschusses, Baugesuch und Wohnungsfragen...

Mallerdingen. Die Namen unserer Spitzenkandidaten für die Gemeinderatswahlen lauten: Scheer Otto, Gastwirt, Munding Ernst, Händler, Ritzmann Karl, Landwirt.

Bruckners Fünfte Sinfonie

Es ist zu begrüßen, daß Generalmusikdirektor Schaleuning diese monumentale Sinfonie in der Aufführung am Allerseelentag nicht mit einem anderen Werk koppelt...

Es gilt neuerdings als Ehrenschmach, Bruckners Sinfonien in der sog. „Originalfassung“ anzuführen. Die Frage ist nur, ob damit den Werken immer recht ist...

mehr lebendigen Musiksinn in sich hatten, als die Musikphilologen, die am Schreibtisch die gestrichelten Takte zusammenzählen.

Der diesmaligen Aufführung der B-dur-Sinfonie fehlte, namentlich in den beiden ersten Sätzen, das Puckende, Zwingende, Weibliche, Eigefühnde — das Orchester war unverkennbar ermüdet...

Lieder u. Arien aus der Barockzeit

Ein Querschnitt durch die Wunderwelt vokaler Barockmusik, vorgetragen von Elisabeth Aiber, einer Künstlerin, die in selten hohem Maß alle Voraussetzungen zu einer musterhaften Darstellung dieser Werke mitbringt...

Dein Schicksal liegt in Deiner Hand! Wähle!

Für die Frau

Großreinemachen mit Männeraugen gesehen

Es geht wieder los, das Großreinemachen. Die ganze Wohnung ist bereits erfaßt, bis auf sein Heiligtum: Er, der Vertreter des starken Geschlechts, steht verzweifelt vor seinem Schreibtisch und verteidigt ihn wie eine Burg vor dem hereinbrechenden Unheil.

In höchster Aufregung versucht er es mit der Ueberredungskunst. Der Schreibtisch dürfe einfach nicht verschoben werden, weil er nun einmal an der richtigen ausprobierten Stelle stehe. Seine Oberfläche aber sei schlechterdings tabu! — Denn Bücher, Zeitungen und sonstige Papierstoffe würden ihn völlig aus dem Konzept bringen, wenn ihre Ordnung dem Reinigungsstempel zum Opfer fiele.

Der hilflose Verteidiger hat sich in Wut gesetzt, die sich noch steigert, als er die Zwecklosigkeit seiner Rede gewahrt wird. Die lächelnde Gegnerin ist schon längst schonungsvoll zum Angriff übergegangen, der Schreibtisch wird verschoben, ein Bücherhaufen stürzt um, eine Staubwolke steigt empor. . . . Jedwedes Gefühl des Geborgenseins im eigenen Heim fliegt zum offenen Fenster hinaus.

Er gibt den Kampf auf, flieht über aufgerollte Teppiche aus dem Zimmer, ergreift Mantel und Hut und stürzt ins Freie. Wie wohlthuend ist es, im Zustand der Aufregung durch die Straßen zu schreiten, den gleichmäßigen Herzschlag der Stadt wahrzunehmen und im Abklingen des Gemüts über seine leichte Erregbarkeit nachzudenken. . . . Selten ist der Anlaß weltbewegend.

Schon haben die altbekannten Strafen wie beruhigende Freunde das Ihrige getan, als hinter der Ruine eines Vorderhauses kräftiges Teppichklopfen erschallt. Dieses Geräusch tut seinen Ohren weh, und die letzten Gedanken sind schlimmer als die ersten: denn sie umfassen nun das ganze weibliche Geschlecht, das überall und zu jeder Zeit darauf aus zu sein scheint, Unruhe zu stiften.

Plötzlich steht er vor dem Hause seines Freundes, und ein Schuldgefühl überkommt ihn, so schlecht von allen Frauen gedacht zu haben. Die Frau seines Freundes nämlich ist es, die immer eine ruhige, beständige Atmosphäre um sich geschaffen und ihm schon oft sein Gleichgewicht wiedergegeben hat.

Freudig schellt er an der Tür. Die Hausfrau öffnet, und mit dem Scheuerlappen in der Hand sagt sie: „Ach, mein Lieber, ich bin gerade beim Großreinemachen!“ Ignor

Pumpnickelpeise. Pumpnickel wird auf dem Reibselb oder durch die Mandelmühle gedreht und mit Zucker untermischt. Darüber gießt man sich auf den Teller eine Soße, entweder Milch, falsche Vanille- oder Mandelsoße. Sehr gut schmeckt die Speise, wenn man sie mit falscher Schlaghahn schichtweise in eine Schüssel gibt.

Untergangsstimmung in Hollywood

Krise der amerikanischen Filmindustrie — Villen der Filmstars stehen zum Verkauf

Dem flüchtigen Besucher erscheint Hollywood unverändert mit seiner strahlenden Sonne, wunderbaren Natur, den eleganten Kleidern und schönen Frauen. Der erfahrene Beobachter aber sieht, daß die Packards vor den Luxusrestaurants immer weniger werden, die Tanzlokale der oberen Zehntausend halb leer sind. Viele der schloßartigen Villen sind geschlossen, manche bereits zu verkaufen. Vor den Türen der Agenturen stauen sich die beschäftigungslosen Schauspieler.

Schon im Jahre 1947 erreichte kein Schauspieler oder Produzent mehr die Einkommenshöhe von 1 Million Dollar. Früher dagegen verdienten etwa 20 Künstler mehr als diesen Satz. Die Paramount-Gesellschaft, die im vorigen Jahre mit 40 Millionen Gewinn leicht abschloß, rechnet 1948 mit einer Unterbilanz und hat ihre Produktion von 50 Filmen auf 22 herabsetzen müssen. Der monatliche Umsatz ist bei fast allen Firmen seit Herbst 1947 und 40 Prozent gesunken, und diese Rückgangsbewegung hält an. Das Personal ist deshalb um 10 bis 25 Prozent verringert worden.

Zu viele neue Konkurrenten

Die Ursache für diese Krise liegt in der Dollarknappheit der Welt. Die Länder wollen ihre kostbaren Devisen nicht für Luxusartikel ausgeben. England, früher Hollywoods bester Auslandskunde, belegte

vorigen Herbst die amerikanischen Filme mit einer derartig hohen Steuer, daß die Einfuhr schlagartig auf ein Viertel zurückging. Frankreich, Australien, Indien, Aegypten, Oesterreich und andere Länder folgten dem Beispiel. Hinzu kommt, daß heute fast jedes Land seine einheimische Filmindustrie ausbaut. Schwedische, tschechische, italienische, ja sogar chinesische und südamerikanische Filme haben sich bereits einen guten Namen erworben. Auch Sowjetrußland — einst ein guter Kunde Hollywoods — und die Balkanstaaten haben aus politischen Gründen die Einfuhr nordamerikanischer Filme gebremst.

Kirchenboykott gegen die „unmoralischen“ Filme

Auch in America selbst hat Hollywood gegen Widerstände zu kämpfen. Erneuert zu nehmen als die mit viel Lärm aufgestellte Behauptung, in Hollywood existieren kommunistische Zellen — was die Entlassung einzelner Regisseure und Künstler zur Folge hatte —, ist die Offensive der einflussreichen Religionsgemeinschaften und Kirchen gegen die „unmoralischen“ Filme. Das Wort „Unmoral“ wird sehr weit gefaßt und auch auf Hollywoods blühendsten Geschäftszweig, die Gangster- und Kriminalfilme, angewendet. Der Boykott machte sich in den Kassen der Lichtspieltheater so bemerkbar, daß man beschlossen hat, in den nächsten zwei Jahren keine Räubergeschichten mehr zu verfilmen. Eine weitere Gefahr zeichnet sich ab, das Fernsehen. Schon hat jedes Café einen kleinen Empfangsapparat, auf dessen Schirm der Gast das letzte Pferderennen verfolgen kann. Wenn diese „Video“ erst in jedem Privathaus sind, werden manche Lichtspieltheater schließen müssen und dieser Goldstrom Kaliforniens wird dünner werden.

AMTL. BEKANNTMACHUNGEN

Zahlungsaufforderung und Mahnung. Wir machen darauf aufmerksam, daß folgende Steuern und Abgaben: a) Zur Zahlung fällig werden: Grundsteuer 2. Viertel 1948 am 13. 11. 1948

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme, Blumen, Kränze u. Messenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, Onkels und Schwagers Leonhard Hornuß Bushofackerbestatter sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Ganz besonderen Dank H. H. Deisen Weimann für seine tröstlichen Worte, den ehrl. Schwesern für ihre liebevolle Pflege während der Krankheit, Herrn Vikar Pfäfer für die tröstenden Worte am Grab, Herrn Landrat Dr. Anstiller für den ehrenr. Nachruf, Herrn Bürgermeister, Nagele namens der Stadtverwaltung für die herzliche Beileidbegleitung, der Fachvereingung Villigen sowie der Demokratischen Partei für die Kranzspende und all denen, die dem lieben Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen. Villigen-Schwesern, Waldkirch Willen bei Wil, Wettingen bei Baden-Schweiz, 8. 11. 1948. (3-472)

AN. UND VERKAUFE. Drei-BMW-Motor, 4/12 PS, zu verkaufen. Angeb. an: A. Helm, Überlingen a. B., Aufkircher Straße 2. (3-497)

LKW, Studebaker 3,5-Ton-Holzgasser, mit Anhänger sowie LKW, Diesel, 4 To. evtl. mit Anhänger, zu verkaufen. Angebote unt. G 2-696Z an „Das Neue Baden“ Lahr.

KANDELHOF LICHTSPIELE

Ab Freitag, 12., bis Donnerstag, 18. November 1948 In Erstaufführung für Freiburg! Die Geschichte eines Mannes, der aus triebhafter Leidenschaft einem Mädchen verfallt — Hof, Frau, Pflicht und Arbeit verläßt. Das Leben wirft ihn aus dem Gleis, bis das Schicksal mit harten Schlägen ihn fast zermalmt, um ihn dadurch zu retten.

Menschen in Gottes Hand PAUL DALKE MARIETHERES ANGERPOINTNER GERTY SOLTAU — RAINER PENKERT NEUESTE WOCHENSCHAU Anfangszeiten: Tägl. 14.15, 16.30, 18.40, 20.45 Uhr

STÄDTISCHE BÜHNEN FREIBURG I. BR.

Wochenspielfplan vom 15. — 21. November 1948 (Bitte beachten!) CASINO: Dienstag, 16. 20.00 Uhr „Monika“ 3. Dienstag-Niete A

100 Jahre Woll-ADLER Kundendienst. Meiner großen Kundschaft in Stadt und Land danke ich aus Anlaß dieses Jubiläums für ihre treue, oft jahrzehntelange Anhänglichkeit. Ich werde bestrebt bleiben, auch weiterhin die Leistungsfähigkeit meines Hauses durch die Bereitstellung guter und preiswerter Ware zu beweisen, um dadurch nicht nur das Vertrauen meiner bisherigen Kunden zu erhalten, sondern auch das Vertrauen neuer Kunden zu gewinnen. Gustav Adler · Woll-ADLER Meine Schaufenster Salzstraße 35, Augustinergasse und Schwabenortplatz 2 zeigen immer wieder Neues

Wir haben unsere Fernsprechnummern getauscht! Dr. Funke, Kneipparzt Überlingen a. Bodensee Münsterstraße 2 3-401 Ruf 300 Ernst Hermann Ruf Überlingen a. Bodensee Untermittel, Wilmersdorfstr. 11 Ruf 666

Demokratische Partei, Ortsverein Martdorf Am Donnerstag, 11. Nov., 20 Uhr, im Gasthof „Zur Krone“ Öffentl. Wahlversammlung Redner: Kreisrat Dipl.-Ing. Dörfler. Thema: „Die demokratische Staats- und Gemeindeordnung“. Johannes Willmannal, Fritz Aussprache! (4-402)

Zahnbürsten Zahnpaste, Lacalut preiswert bei Drogerie Beck

Schreibtische 156 x 79 cm. Jedes mit Kollidenschüssel, 3 Unterschränken und Mittelschublad. Jetzt wieder hienormäßig bei SSG Peter J. Hauser Freiburg i. Br., Kaiser-Joseph-Str. 2, 9 Ruf. 146 (2-489)

STELLENANGEBOTE. Oberbad. Transport-Großunternehmen sucht einen fähigen, leistungsvollen Fahrer. Interessentenlage 40-46 600 DM. Gewandtheit, selbständige, alleinige Führung Bedingung. Off. unter Nr. 2-493 K an „Das Neue Baden“, Lahr. (2-493)

HARMONIE Lichtspiele Freiburg i. Br. 2. Spieltwoche verlängert. Besucherrekorde — Das Tagesgespräch von Freiburg. Das Film-Ereignis des Jahres! Die besten Jahre unseres Lebens. Einer der großartigsten Bildstreifen, die je geschuldet wurden, ergreifend — humorvoll — lebensnah. Ein Samuel-Goldwyn-Film in deutscher Sprache mit Myrna Loy, Fredric March u. a. Programmänderung über 11 Stunden! Beachten Sie die Anfangszeiten: Täglich 11.15, 13.30, 15.45 Uhr. Sonntag auch vorm. 10 Uhr. Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr. — Näheres erhaltene Preise. — Jugendfrei! (2-674)

Kohlen-Gehry. Jetzt Helfersstraße 8 (beim Casino), Telefon Nr. 2154. (92-484) Original FORD-Austauschmotoren — Ersatzteile prompt für alle Typen lieferbar. Autorisierte FORD-Verkaufsstelle Kluge & Co., Freiburg, Schwarzwaldstraße 9-11. (92-835) Modestricke, 2 versch. 2,- DM und 1,- DM f. Porto und Nachn. A. Stuckart, 116 Westfalen, Reichstraße 2. (92-129)

UHU FRIEDENS-QUALITÄT! HEIRATEN. REICHSBAHNANGESTELLTER I. Südbaden, 32 J., gut aussehend, nicht kriegsbeschädigt, wünscht Wiederheirat. Näh. unter V 614 Ebe-Institut HARMONIE, Filiale Offenburg, Emil-Göhl-Str. 3 (Göhlhof), Rückporto erb. (92-888)

UNION THEATER Freiburg i. Br. Ab Freitag, den 12. 11. 48: Eines der nettesten Lustspiele des deutschen Films: Hilde Krahl — Paul Hübner — Rita Benckhoff in: Meine Freundin Josefine. Ein amüsantes Vorstadtspiel zweier Frauen mit einem von seiner Unwidertlichkeit überzeugten Don Juan. — Neue Wochenschau. — Jugendfrei. Jetzt täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr außer Donnerstagen. Vorverkauf tägl. ab 15 Uhr. (2-675)

Kaufleute, Geschäftsleute! Die Demokratische Partei bringt Euch wirtschaftliche Freiheit! Denkt daran am 14. November!